

Pilotprojekt für den Frieden und Disengagement-Plan

Trend und Zeit in Afghanistan arbeiten gegen die Nato: Russland und China lassen dem Widerstand Waffen liefern. Militärisch sei der Krieg nicht mehr zu gewinnen, sagen führende Experten und viele Militärs weltweit – darunter auch deutsche.

Die Risiko-Analyse der US-Firma Global Security vom Dezember 2007 unterteilt Afghanistan wie folgt: 40% des Landes sind mit mittleren Risiken behaftet, 30% hoch und die restlichen 30% sehr hoch. Gebiete mit geringem oder gar keinem Risiko gebe es nicht mehr.

Die Bundesregierung hat beschlossen: Die Entwicklungshilfe steigt moderat von 100 auf 125 Millionen Euro. Davon versickert etwa ein Drittel, auch mangels Koordination und Strategie. Eine Aufforderung an Deutschland, weitere Truppen für einen Dauereinsatz im Süden bereitzustellen, wird uns noch länger beschäftigen... Fest steht: Bis zu 250 Soldaten zusätzlich sollen in Nordafghanistan im Rahmen einer „Schnellen Eingreiftruppe“ (= Quick Reaction Force – QRF) mit Kampfauftrag und „Süd-Option“ die Sicherheitslage verbessern.

Vor einem Jahr um diese Zeit kamen die Tornados an den Hindukusch, mit der gleichen Begründung. Trotzdem haben sich seitdem die Zahlen der „Zwischenfälle“ (Selbstmordattentate, Straßenbomben, Gefechte) verdoppelt, von rund 6.400 auf über 12.000: die dritte Verdoppelung in Folge.

Schon damals gab es den von mir erarbeiteten Disengagement-Plan; die Bundesregierung erhielt die dringende Empfehlung, parallel zur Tornado-Entscheidung ein höchst vertrauliches Friedenssignal auszusenden: für ein „Pilotprojekt für den Frieden“ in der Provinz Kunduz, das die Fähigkeit der bewaffneten Opposition zu konstruktiver Zusammenarbeit und Verlässlichkeit in einem überschaubaren Rahmen

risikofrei und unterhalb der Ebene offizieller internationaler Diplomatie ein Jahr lang getestet.

Die neue Wegbeschreibung steht, in Einklang mit den einschlägigen UN-Resolutionen, für einen erfolgreich zukunftsfähigen Einsatz am Hindukusch:

Nachhaltiger Friede im Innern und nach außen bei sicherem Exportstopp für terroristische Aktivitäten oder Akteure durch eine demokratisch legitimierte, souveräne, verantwortungsfähige und verantwortungsvolle Regierung.

Grundbedingungen dafür sind:

1. Interventionsmächte verzichten auf hegemoniale, religiöse, soziale, wirtschaftliche etc. Zielvorgaben.
2. Alle politisch relevanten Gruppen in Afghanistan nehmen am künftigen politischen Prozess teil, ohne Parteiverbot.
3. Das in der Vergangenheit mittelbar oder unmittelbar in Afghanistan aktive Ausland ist sofort in Form eines Beratungsgremiums einzubinden und verzichtet auf jegliche Einmischung in Afghanistan in einem „6+3-Prozess“: Iran, Pakistan, Saudi-Arabien, Turkmenistan, Uzbekistan, Tadschikistan plus USA, China und Russland. Innerhalb dieses Rahmens wird die künftige Nichteinmischungspolitik bindend und mit nachzuhaltender Sanktionsmöglichkeit vertraglich festgelegt.
4. Für Afghanistan wird ein fünfjähriger, vertrauensbildender Friedensprozess aufgelegt, der „Disengagement Plan“, mit stufenweise zeitlich festgelegten Zielvorgaben und daran gekoppelter, stark steigender Entwicklungshilfe bei gleichzeitig sinkender internationaler Truppenpräsenz. Alle Truppen gehen ab sofort nach radikal veränderter friedensorientierter Strategie vor.

Unverzichtbare Gesprächspartner von afghanischer Seite für diesen Plan sind:

1. Regierung Karzai – Management-Ebene von Präsidialamt und vier Ministerien haben dem Plan informell zugestimmt
2. Bewaffneter Widerstand: Taliban und HIA (Hezb-i Islami Afghanistan) haben informell zugestimmt, Warlords
3. Nordallianz mit Prof. Rabbani, Saayaf, Fahim, Gen. Dostum
4. Vertreter sozialer Gruppen: Bauern, Nomaden, Frauen etc.

Auf deutscher Seite wächst die Zustimmung in allen Bundestagsfraktionen mit Schwergewicht bei Grünen und SPD, dazu in Kirchen, NGOs und Friedensbewegung sowie in der Bundeswehr.

Eine Kurzdefinition des Friedensplans lautet:

Multilaterale und multinationale Befriedung mit Mediation in drei Stufen.

Das erwähnte Pilotprojekt in Kunduz fußt auf Vorbedingungen:

1. Keine Aktionen (oder Vorbereitungen) durch den Widerstand
2. Rückkehrrecht für Flüchtlinge
3. Keine Aktionen/Repressionen durch staatliche Institutionen, Warlords, fremde Truppen
4. Sofortig viel mehr Entwicklungshilfe mit strategischer Ausrichtung und Neuordnung, statt wie bisher Einzelprojekte ohne regionales nationales Gesamtkonzept. (Äußerst positive Erfahrung mit diesem Konzept konnte ich 2002 in der Provinz Nangarhar sammeln.)

Das Pilotprojekt läuft ein Jahr lang in einer Provinz – und finanziert sich fast völlig durch Umschichtung von Militärausgaben in die Entwicklungshilfe. Danach münden alle Aktivitäten in den größeren Disengagement Plan, der zusätzlich zwölf Provinzen Afghanistans

erfasst. Jede Provinz durchläuft die immer gleichen drei Entwicklungsstufen – selbstverständlich nur solange der Frieden hält:

Jahr 1: Befriedung

Beginn der Rückkehr der Flüchtlinge und des Truppenabzugs, landesübliche Bewaffnung zur persönlichen Selbstverteidigung, keine Kampfvorbereitungen, mindestens verdreifachte Entwicklungshilfe, Ende jeglicher politischer Unterdrückung, Ende aller ISAF- (= ,International Security Assistance Force' – UN-Mandat) und OEF-Aktivitäten (= ,Operation Enduring Freedom' – Nato), Vermeidung von Provokationen, Start vertrauensbildender und Mediationsmaßnahmen.

Jahr 2: Demokratisierung

Unbeeinflusste freie Wahlen zur Provinzregierung, weiterer Abzug fremder Truppen

Jahr 3: Souveränisierung

Vollendung des Truppenabzugs.

Der gesamte Disengagement Plan soll in drei Stufen ganz Afghanistan erreichen:

Stufe 1 (1. Jahr): Pilotprovinz; Vorschlag: Kunduz

Stufe 2 (2. Jahr): Zwölf weitere Provinzen

Stufe 3 (3. Jahr): Ausweitung auf ganz Afghanistan.

Das ergibt eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren für das Gesamtprojekt, bis alle fremden Truppen vollständig abgezogen sind.

Ernste militärische Widerstandsaktivitäten



unterbrechen den geplanten Ablauf. Dauern die Aktionen an, kehren bereits abgezogene Truppen in ihre Unterkünfte zurück.

Den Prozess begleiten umfangreiche Mediationsmaßnahmen; die Methodik hat der international erfolgreiche ex-Harvard-Professor John Paul Lederach begründet, der meinen Vorschlag unterstützt: Die praktische Arbeit vor Ort werden noch auszubildende einheimische Kräfte leisten, ein realistischer Zeitrahmen für das Gesamtprogramm liegt bei 20 Jahren. Konkret: Im ersten halben Jahr beruhigt ein ‚Kriseninterventionsprojekt‘ die schwierigsten Konflikte. Parallel läuft die Ausbildung für die afghanischen ‚Akteure‘, die danach an der geduldigen schrittweisen ‚Konflikttransformation‘ arbeiten. Dabei gestalten sie die notwendigen sozialen Veränderungen.

Die britischen Besatzer töteten seinerzeit etwa 200.000 Afghanen, die Sowjets 1,3 Millionen. Die Nato hat keine Obergrenzen definiert. Ab etwa Mitte 2008 wollen die Taliban nicht mehr verhandeln, sagen ihre Offiziellen.